

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher neue Zeitung. 1947-1949 1948**

31 (17.3.1948)



# Süddeutsche Allgemeine

KARLSRUHER NEUE ZEITUNG

Erscheinungstage: Montag, Mittwoch und Freitag. — Einzelpreis RM — 20, monatlicher Bezugspreis RM 2.30 (inkl. RM — 20 Trägersgebühr, bei Zustellung durch die Post RM 2.60 zuzüglich Zustellgebühr.

Anzeigenpreis: Die 20 mm br Nonp-Zeile Karlsruher Ausgabe RM 150; Pforzheimer Ausgabe und Würtembergische Abendblatt je RM 1.—; Gesamtanlagung RM 2.—, Amtl. Anzeigen 30% Nachsch.

2. Jahrgang / Nummer 31

Mittwoch, den 17. März 1948

Einzelpreis 20 Pfennig

## Paris beschließt Beteiligung Westdeutschlands

Volle Mitarbeit wesentlich — Bevin: „Der Krieg gegen die Armut und die Not wird gewonnen werden“

Paris, 16. März (AP) Die Pariser Konferenz der 16 Teilnehmerstaaten am Marshall-Plan fand mit Beendigung der zweiten Vollversammlung am Dienstag ihren Abschluß. Die Konferenz beauftragte ihre Sachverständigen mit der Ausarbeitung der Statuten einer permanenten internationalen Organisation und eines Mehrseitigkeitsvertrages, der eine enge Bindung der 16 Teilnehmerstaaten ermöglicht.

Die Vollversammlung hatte zuvor einstimmig entschieden, daß Westdeutschland an den weiteren Ausarbeitungen beteiligt wird.

Der Bericht über die bis jetzt erzielten Fortschritte wird der Regierung der Vereinigten Staaten zur Beachtung in Verbindung mit dem Marshall-Plan-III-Programm vorgelegt werden. Die Vollversammlung der Konferenz hörte ferner den portugiesischen Vorschlag auf Einbeziehung Spaniens, ohne dazu Stellung zu nehmen. Nachstehend der Text der hinsichtlich der westdeutschen Beteiligung gefällten Entscheidung:

„Unter Berücksichtigung der Tatsache, daß die volle Mitarbeit Deutschlands in der städtigen Organisation wesentlich ist für den wirtschaftlichen Wiederaufbau Europas, empfiehlt der Ausschuß 1. daß, da es bisher nicht möglich war, die Wirtschaftseinheit Deutschlands herbeizuführen, die Bizone einseitig und die französische Zone andererseits als unabhängige teilnehmende Mitglieder angesehen werden sollen; 2. daß jede dieser Zonen aufgefordert werden sollte, den politischen Mehrseitigkeitsvertrag zu unterzeichnen; 3. daß jede der Zonen in vollem Umfang an der Tätigkeit der städtigen Organisation und ebenso an der Arbeit etwa zur bildender Spezialauschüsse oder aller anderen Körperschaften, die gegebenenfalls in Verbindung mit dem europäischen Wiederaufbauprogramm konstituiert werden, beteiligt werden sollen; 4. daß die zwischen den Regierungen der Teilnehmerstaaten in Verbindung mit dem europäischen Wiederaufbauprogramm geschlossenen Abkommen für die Zonen von den zuständigen Besatzungsbehörden oder in ihrem Namen unterzeichnet werden; 5. daß jede der Zonen in dem gemeinsamen, für die Zwecke des europäischen Wiederaufbauprogramms errichteten Körperschaften durch Vertreter der Besatzungsbehörden repräsentiert und diese von kompetenten Beamten assistiert werden sollen; 6. daß die gleiche Art der Repräsentation für die in Aussicht genommene Arbeitsgruppe gewählt werden soll.“

Diese und alle anderen Entscheidungen wurden von den Sachverständigenausschüssen am Dienstag morgen angenommen, nachdem sie mit ihrer Zustimmung von der Vollversammlung am Montag einstimmig angenommen. Lediglich der griechische Außenminister Constantin Tsaldaris machte für sein Land

hinsichtlich des Berichtes über die bisher erzielten Fortschritte einige Einschränkungen. Tsaldaris machte geltend, daß das in dem Bericht genannte Ziel der Selbstverwaltung Europas nach Ablauf des Marshall-Planes im Jahre 1951 von Griechenland nicht erreicht werden könnte. Als Begründung hierfür nannte er die Herabsetzung der Griechenlandhilfe infolge der Berichte amerikanischer Beobachter in Griechenland.

Der britische Außenminister Ernest Bevin sprach als Vorsitzender der Konferenz die abschließenden Worte. „Das Schicksal Europas und der Welt wird von der Intensität unserer Arbeit in den nächsten Monaten abhängen“, sagte Bevin. „Die Arbeitsgruppe müsse schnell arbeiten und ganze Arbeit leisten. Der Krieg gegen die Armut und die Not wird gewonnen werden“, erklärte der britische Außenminister. „Wir müssen jederzeit bereit sein und handeln, sobald über das Europa-III-Programm entschieden ist. Wir müssen der arbeitenden Masse Hoffnung und Sicherheit und allen die Freiheit bringen.“

Vertreter der Bizone  
Frankfurt, 16. März (DENA) Der Berater für Wirtschaftsafragen von General

Lucius D. Clay, Lawrence Wilkinson, und der Wirtschaftsberater von General Sir Brian Robertson, Sir Cecil Weir, werden nach Mitteilung des Zweimächte-Kontrollamtes am Mittwoch nach Paris abreisen, um dort an den Besprechungen der Marshall-Plan-Länder teilzunehmen.

Sobald mit der Bildung von Arbeitsausschüssen begonnen wird, sollen ihnen Vertreter des Zweimächte-Kontrollamtes und gegebenenfalls die bis zu diesem Zeitpunkt zugelassenen deutschen Sachverständigen folgen. Der Leiter der Planungsabteilung beim Zweimächte-Kontrollamt, Dr. Karl W. Bode, und der britische General E. V. Daldy, sollen in Kürze ebenfalls zu den Besprechungen nach Paris abreisen.

## Truman-Erklärung über US-Außenpolitik

Überraschende Einberufung des Kongresses — Der Präsident soll wichtige Frage beantworten

Washington, 16. März (DENA) Präsident Truman wird am Mittwoch in einer gemeinsamen Sitzung beider Häuser des amerikanischen Kongresses sprechen. Es wird erwartet, daß er eine Erklärung über die amerikanische Außenpolitik angesichts der dauernden Verunsicherung der internationalen Lage abgeben wird. Die Sitzung beider Häuser des Kongresses, die traditionell wichtige Erklärungen des amerikanischen Präsidenten vorbehalten ist, wurde innerhalb kürzester Frist einberufen. Die Anhörung über die Außenpolitik und die Beamten des amerikanischen Außenministeriums vollkommene. Sie erfolgte im Anschluß an eine Reihe von Geheimkonferenzen außerhalb Washington, an denen führende amerikanische Persönlichkeiten teilnahmen.

Auf diplomatischem Gebiet dürfte der Präsident in seiner Rede die mehrfach erhobene Forderung beantworten, drei konkrete Maßnahmen zur Beendigung eines weiteren sowjetischen Vordringens in Europa vorzuschlagen. Als erstes war gefordert worden, der Präsident solle eine nachdrückliche Erklärung abgeben, daß Amerika eingreifen wird, falls die Unabhängigkeit Griechenlands, der Türkei, Italiens, Frankreichs und wahrscheinlich auch Finnlands und Skandinavien von der Sowjetunion oder ihren Mittelsmännern auf die gleiche Art wie in der Tschechoslowakei und den Balkanländern bedroht wird. Präsident Truman war ferner aufgefordert worden, den Unterzeichnern der Westeuropäischen Union im Falle eines sowjetischen Vordringens oder einer Aggression die Garantie einer militärischen Unterstützung zu geben.

Schließlich war vorgeschlagen worden, er solle erklären, daß eine Ermischung der Sowjets oder ihrer kommunistischen Mitteleinrichtungen bei den italienischen Wahlen als unfriedliche Handlung angesehen werde und automatisch die normalen diplomatischen Maßnahmen auslösen werde, die einem Abbruch der diplomatischen Beziehungen vorgehen.

## Neue Streiks in Amerika

Pittsburgh (Pennsylvania), 16. März (DENA-REUTERS) Der am Montag in den amerikanischen Kohlenbergwerken ausgebrochene Streik hat bis Montagabend mehr als die Hälfte der 40 000 Bergleute erfaßt. Durch den Streik soll der Fortschritt des Präsidenten der amerikanischen Bergarbeitergewerkschaft, John L. Lewis, auf Gewährung einer Bergarbeiterrente von 100 Dollar monatlich Nachdruck verleiht werden.

Chicago (DENA) Die dem amerikanischen Gewerkschaftsverband angeschlossene Gewerkschaft der Fleischkonservierungsindustrie hat den Streik ihrer rund 100 000 Mitglieder ausgerufen, meldet APF.

## Aufstand in Costa Rica

San Jose (Costa Rica), 16. März (AP) In dem vorwiegend ländlichen Bereich der Revolution in Costa Rica hat sich ein Aufstand gegen die Regierung gebildet. Der Präsident Theodoro Picado Michalich den Belagerungsstand verhängt. 75% der Energieerzeugungsbetriebe in San Jose wurden bereits in die Luft gesprengt. Die Aufständischen haben die Hauptstadt von der Außenwelt abgeschnitten. Die Unruhen begannen am 1. März, als der Kongreß die Wahl des Präsidentenkandidaten der Opposition, Otilio Ulate Blanco, rückgängig gemacht hatte.

## Spionage-Organisation in der CSR aufgedeckt

Tschechoslowakische Kirche steht hinter der Regierung Gotwald

London, 16. März (DENA) In der Tschechoslowakei wurde eine Meldung des Prager Rundfunks zufolge eine „weltweitbetriebe Spionageorganisation“ aufgedeckt, die sich in der Armee, Geheimpolizei und in den verstaatlichten Industriezweigen betätigt haben soll. Gegen das Vorstandsmitglied der tschechoslowakischen volkssozialistischen Partei, Vaclav Probek, wurde ein Haftbefehl erlassen. Untersuchungen haben, wie der Bericht weiter besagt, eine Spionagezentrale in der Parteigeschäftsstelle zutage gebracht. Gegen drei Abgeordnete soll ein Verfahren eröffnet werden. Bereits am Samstag war von der tschechoslowakischen Regierung die Aufdeckung einer Spionageorganisation bekanntgegeben worden.

Frage, 16. März (DENA) Der Bischof der Prager Diözese der tschechoslowakischen Kirche, Dr. Miloslav Novak, erklärte laut CETEKA anlässlich einer Priesterweihe, die tschechoslowakische Kirche stehe geschlossen hinter der Regierung Gotwalds. Der Bischof rief Tschechen und Slowaken zur Wahrung ihrer Einigkeit auf. Die tschechoslowakische Kirche ist eine Nationalkirche und ein autonomer Zweig der orthodoxen Kirche. Sie hat die zweitgrößte Glaubensgemeinschaft des Landes mit 900 000 Mitgliedern.

Chse erfährt Unterstützung  
Lake Success, 16. März (AP) Wie man aus dem Dienstbericht weiß, wollen die Delegierten Frankreichs und Belgiens das Besuchen der chinesischen Regierung, den kommunistischen Staatstrüben in

der Tschechoslowakei vor den Sicherheitsrat der Vereinten Nationen zu bringen, unterstützen. — Auch ein amerikanischer Sprecher erklärte in New York laut DENA-REUTERS, die Vereinten Staaten würden dafür stimmen, daß die chinesische Forderung auf Unterwerfung der letzten Ereignisse in der Tschechoslowakei auf die Tagesordnung des Sicherheitsrates gesetzt werden soll.

## „Währungsreform und Besatzungsstatut nötig“

Dr. Pünder vor dem Wirtschaftsrat — Max Reimann ausgeschlossen

Frankfurt, 16. März (DENA) Zu Beginn der Dienstagstagung des Zweimächte-Wirtschaftsrates, in der der Vorsitzende des Verwaltungsrates, Dr. Hermann Pünder seine Antrittserklärung abgab, wurde der kommunistische Abgeordnete Max Reimann auf Beschluß des Alttestamentes für zwei Monate aus dem Plenum und seinen Ausschüssen ausgeschlossen. Reimann hatte sich auf Befragen des Präsidenten Dr. Erich Köhler geweigert, zu erklären, ob er sich auf Angehörige der Zweimächte-Wirtschaftsverwaltung bezogen habe, als er in einer Pressekonferenz jeden als „Landesverrat“ bezeichnet habe, der „Deutschland durch Annahme der Bizone-Charta zu trennen versucht“.

Der neue Vorsitzende des Verwaltungsrates unterstrich in seiner Erklärung seinen Willen zur Einheit Deutschlands und die Notwendigkeit eines freundschaftlichen Verhältnisses zu Frankreich. Dr. Pünder dankte den Vertretern der Besatzungsmächte für das ihm erwiesene Vertrauen und bat die Oppositionsparteien, ihm mit konstruktiver Opposition zu begegnen.

Pünder sagte, das deutsche Volk erhoffe von den gegenwärtigen Konferenzen über die wirtschaftlichen Zusammenarbeit Westeuropas eine enge Verbindung der europäischen Wirtschaft. Dabei sei wichtig, daß das deutsche Volk durch die schlechte wirtschaftliche Lage inzwischen nicht der Verzweiflung und politischem Radikalismus anheim falle. Zur Kritik an der Ablehnung der deutschen Landwirtschaft und zur Verabschiedung des Speisekammergesetzes äußerte er, das deutsche Volk habe die Bereitschaft bewiesen, das Schwerste auf sich zu nehmen. In einem Appell an das Weltgewissen bat Dr. Pünder, die deutsche Not durch beschleunigte Lebensmitteltransporte zu lindern, damit eine Katastrophe verhindert werden könne. Abschließend wies er die Notwendigkeit einer Währungsreform und der Schaffung eines Besatzungsstatutes hin und sprach sich für eine größere Freiheit im Außenhandel aus.

KPD stellt Mißtrauensantrag  
Nach der Rede Dr. Pünders stellte der KPD-Abgeordnete Fritz Sperling den Antrag, Dr. Pünder auf Grund seiner Erklärung das Mißtrauen auszusprechen. Präsident Dr. Erich Köhler lehnte den Mißtrauensantrag der Kommunisten unter Hinweis auf die Geschäftsordnung ab, die einen Mißtrauensantrag gegen den Vorsitzenden des Verwaltungsrates nicht gestattet.

Dr. Pünder sagte, das deutsche Volk erhoffe von den gegenwärtigen Konferenzen über die wirtschaftlichen Zusammenarbeit Westeuropas eine enge Verbindung der europäischen Wirtschaft. Dabei sei wichtig, daß das deutsche Volk durch die schlechte wirtschaftliche Lage inzwischen nicht der Verzweiflung und politischem Radikalismus anheim falle. Zur Kritik an der Ablehnung der deutschen Landwirtschaft und zur Verabschiedung des Speisekammergesetzes äußerte er, das deutsche Volk habe die Bereitschaft bewiesen, das Schwerste auf sich zu nehmen. In einem Appell an das Weltgewissen bat Dr. Pünder, die deutsche Not durch beschleunigte Lebensmitteltransporte zu lindern, damit eine Katastrophe verhindert werden könne. Abschließend wies er die Notwendigkeit einer Währungsreform und der Schaffung eines Besatzungsstatutes hin und sprach sich für eine größere Freiheit im Außenhandel aus.

KPD stellt Mißtrauensantrag  
Nach der Rede Dr. Pünders stellte der KPD-Abgeordnete Fritz Sperling den Antrag, Dr. Pünder auf Grund seiner Erklärung das Mißtrauen auszusprechen. Präsident Dr. Erich Köhler lehnte den Mißtrauensantrag der Kommunisten unter Hinweis auf die Geschäftsordnung ab, die einen Mißtrauensantrag gegen den Vorsitzenden des Verwaltungsrates nicht gestattet.

KPD stellt Mißtrauensantrag  
Nach der Rede Dr. Pünders stellte der KPD-Abgeordnete Fritz Sperling den Antrag, Dr. Pünder auf Grund seiner Erklärung das Mißtrauen auszusprechen. Präsident Dr. Erich Köhler lehnte den Mißtrauensantrag der Kommunisten unter Hinweis auf die Geschäftsordnung ab, die einen Mißtrauensantrag gegen den Vorsitzenden des Verwaltungsrates nicht gestattet.

## Schutz für Deutsche in Berlin

Berlin, 16. März (DENA) Oberst Frank L. Howley, der Direktor der amerikanischen Militärregierung für Berlin, sicherte in einem Interview der Berliner Bevölkerung den Schutz der amerikanischen Militärregierung vor Terrorakten zu und erklärte, die Militärregierung habe die diktatorischen und terroristischen Ziele gewisser politischer Minderheiten in Berlin „klar erkannt“.

## Nur noch zwei Interniertenlager

Stuttgart, 16. März (BAZ) In Kürze wird auch das Interniertenlager 74 in Ludwigsburg aufgelöst, erfahren wir vom Befehlshaberministerium. Somit werden von den sieben Lagern, die ursprünglich bis zu 12 000 Personen beherbergten, in Württemberg-Baden nur noch das Lager 73 für männliche Inhaftierte in Kornwestheim und das Frauenlager in Ludwigsburg bestehen. Die Freilassung der Läger auf zwei mit etwa 4000 Insassen erklärt sich durch die fortwährenden Entlassungen, den Abtransport in das endgültige und französische Zone Behördenleiter nach ihrem Wohnort und zahlreiche Entlassungen Internierter an ihre Heimatprüfkammer. Etwa 100 Internierte haben sich inzwischen ihre auf Arbeitslager lautende Böhne überläßt.

## Amnestie für bestimmte Deutsche

Hannover, 16. März (DENA) Die Regierungspräsidentin von Hannover, Frau Th. Bensch, gab am Dienstag bekannt, der britische Militärkommandant für Deutschland, General Sir Brian Robertson, habe ihr in Frankfurt zugesichert, daß mit einer Amnestie für alle zu Gefängnis verurteilten Deutschen, die beim Einmarsch der Alliierten im Besitz von Waffen angetroffen wurden, zu rechnen sei.

## Oberster Gerichtshof in Köln

Köln, 16. März (DENA) Der oberste Gerichtshof für die britische Zone wurde hier am Dienstag ohne besondere Feierlichkeiten offiziell eröffnet. Die Leitung des obersten Gerichtshofes übernimmt Vizepräsident Dr. Wolf. Das Gericht ist die oberste Berufungsinstanz für alle Zivil- und Strafsachen in der britischen Zone.

## VVN „kommunistisch“

Tübingen, 16. März (DENA) Die SPD Südwürttemberg-Hohenzollern hat laut SÜDENA bei ihrer letzten Landesversammlung beschlossen, jede weitere Mitarbeit bei der VVN einzustellen. Als Grund für diese Maßnahme wird angegeben, daß die VVN Südwürttemberg einen ausgesprochen kommunistischen Kurs steuere. Auch die DVP wird jede weitere Beteiligung innerhalb der VVN einstellen, gab deren Landesvorsitzender bekannt.

## Dr. Reger fliegt nach den USA

Berlin, 16. März (DENA) Als erster deutscher Journalist nach Kriegsende flog am Montagabend der Leiter der amerikanischen Lizenzierten Berliner Zeitung „Der Tagesspiegel“, Dr. Erik Reger, nach den Vereinigten Staaten, um die Arbeit der amerikanischen Nachrichtenkontrolle für Berlin, Bruce Batten, bekannt. Dr. Reger, der am Montag der Außenministerkonferenz im vergangenen Herbst in London teilnahm, wird sich fünf Wochen lang in den Vereinigten Staaten aufhalten und über die Schlußphase des amerikanischen Kongresses zum europäischen Hilfsprogramm berichten.

## Welt-Rundschau

LONDON (AP). Rund 1200 Angehörige des Buckingham-Palastes, des Parlaments und der Regierungsbüros in London trafen am Montag mit der Forderung nach Lohnsenkung in einen wilden Streik.

LONDON (Dena-Belet). Ministerpräsident Clement Attlee gab im Unterhaus bekannt, daß die britische Regierung kein Mitglied der kommunistischen Partei an einer „für die Staatsicherheit wichtigen“ Stelle beschäftigt.

OSLO (AP). Das norwegische Parlament billigte am Dienstag 100 Millionen Kronen aus Norwegen militärisch und zivile Bereitschaft zu stärken.

WARSAU (Dena-Belet). Ein tschechoslowakisch-jugoslawisches Luftfahrtabkommen wurde in Belgrad unterzeichnet.

WARSAU (AP). Ein polnisches Militärgericht verhängte das Todesurteil über drei Personen, unter ihnen eine Frau, die der Spionage für den polnischen Befehlshaber Wladyslaw Anders für schuldig befunden wurde.

BOM (AP). Die jugoslawische Marine beschlagnahmte zwei italienische Fischerboote und internierte die Besatzungen.

JERUSALEM (AP). Der seit einer Generation heilige Scheschemun wüßte am Dienstag in den Bergen von Juda und hat auch die Stadt Jerusalem mit einer etwa sieben Zentimeter dicken Schneeschicht bedeckt.

BAGDAD (Dena-Belet). Im Irak hat die erste Sendung von Kriegsflogenzeugen und anderer Ausrüstung für die irakische Armee aus Großbritannien ein.

MOSKAU (Dena-Belet). Die Demobilisierung aller älteren Jahrgänge in der Sowjetarmee wird, laut TASS, bis Ende März beendet sein.

PEIPING (AP). Die Stadt Tsinghsing hat nach schweren Kämpfen von den kommunistischen Streitkräften eingenommen worden.

## 29 USA-Schiffe für Italien

Washington, 16. März (DENA) Präsident Truman ordnete laut DNE am Dienstag die Übergabe von 29 Handelschiffen an Italien an. Darunter befinden sich 13 Libertyschiffe und 14 während des Krieges von den Vereinigten Staaten beschlagnahmte italienische Dampfer.

## Drei Wünsche Finnlands

Helsinki, 16. März (Dena-Belet). Die finnische Regierung hat, wie hier am Montag verlautet, ihre Moskau-Delegation davon in Kenntnis gesetzt, daß sie versuchen soll, die Garantie zu erhalten, daß die sowjetischen Streitkräfte im Falle eines Krieges nur auf besonderen Wunsch der finnischen Regierung nach Finnland entsandt werden sollen. Die Delegation wurde ferner angewiesen, darauf zu drängen, daß die finnischen Streitkräfte im Falle eines solchen Konfliktes nur innerhalb der finnischen Staatsgrenzen Verwendung finden sollen. Die finnische Delegation soll außerdem versuchen, eine Reduzierung der 80 Millionen Goldollar betragenden Reparationssumme zu erreichen, die Finnland der Sowjetunion innerhalb der nächsten 8 Jahre zu zahlen hat.

## Guerrillaorganisation ausgehoben

Saloniki, 16. März (AP). Die griechische Polizei hob eine Untergrundorganisation aus, die für die Aufständischen in Nordgriechenland Rekrutierungen vornahm und sie mit Marktunterwaren versorgte. 47 Personen, unter ihnen acht Frauen, wurden verhaftet. Nach Mitteilung der Polizei besaß die Organisation Automobile, Lastkraftwagen, Maschinen, eigene Geschäfte und Schulfabriken.

General Demetrios Lalos von der zweiten griechischen Armee erklärte, die Guerillastreitkräfte bereiten jetzt eine neue Phase des Bürgerkrieges vor, in der sie Flugzeuge zum Einsatz bringen wollen.

## Keine Lösung des Palästina-Problems

New York, 16. März (DENA-INS) Die „Großen Vier“ — die Vereinigten Staaten, Frankreich, China und die Sowjetunion — werden, wie gut unterrichtete Delegationen in Lake Success erklärten, den Sicherheitsrat der Vereinten Nationen davon in Kenntnis setzen, daß sie nicht in der Lage gewesen sind, eine Einigung über die Durchführung der Teilung Palästinas zu erzielen.











